

Raimund Hasse, April 2010

Bausteine eines soziologischen Krisenverständnisses -
Rückblick und Neubetrachtung

*Beitrag zur Tagung „Krisen verstehen. Eine Tagung des
Sonderforschungsbereichs 640: Repräsentationen sozialer Ordnungen im
Wandel“, Humboldt Universität Berlin, 10 - 12. 12. 2009*

Einleitung

Krisen sind ein integraler Bestandteil gesellschaftlicher Selbstbeschreibungen - bei Betroffenen und massenmedialen Beobachtern ebenso wie bei Experten. Geht man zu einzelnen Krisenthemen auf Distanz, sind zwei Merkmale auffällig: Zum einen die häufige Verwendung der Krisensemantik in unterschiedlichsten Kontexten; zum anderen ein Konjunkturverlauf, der durch rasche „ups & downs“ gekennzeichnet ist. Hierdurch hat man den Eindruck, dass Betroffene, Medien und Experten den Krisenbegriff in inflationärer Weise verwenden. Dies legt eine Suche nach Ursachen und Gründen für die Thematisierung von Krisen nahe und rückt darüber hinausgehende Fragen zu Erscheinungsformen von Krisen in den Hintergrund.

Auch die Soziologie hat sich der Krisensemantik bemächtigt. Teilweise dient sie lediglich als Aufhänger und als Ausweis der Relevanz eines Themas. Teils verstehen sich einzelne Analysen selbst als Beiträge zum Krisendiskurs. Vor diesem Hintergrund möchte ich mich im Folgenden mit der Frage auseinandersetzen, welche spezifische Perspektive die Soziologie zu einem interdisziplinären Krisenverständnis beizutragen vermag. Dabei soll eine Beschränkung auf rein semantische Betrachtungen - wenn man so will: auf den Krisendiskurs der Anderen - überwunden werden, ohne dabei auf wenig zeitgemäße objektivistische Positionen zurückzufallen, die darauf

hinauslaufen würden, die Soziologie als eine Art „Krisen-TÜV“ auszuweisen.

Die Schwierigkeit der Bearbeitung eines so formulierten Themas liegt weniger daran, dass im Unterschied zu den 1950er Jahren grundlegende sozialkonstruktivistische Ausgangspositionen im Sinne Berger & Luckmanns (1980) nicht mehr hintergebar sind, da, was immer wir im Detail unter Krisen verstehen, diese als „man made“ zu betrachten sind. Ebenso unstrittig ist, dass Krisen grundsätzlich sprachlich verfasst sind - im Regelfall „in situ“, zuweilen aber auch ex post. Die Herausforderung besteht eher darin, dass die Soziologie, ungeachtet der häufigen Verwendung des Krisenbegriffs, nicht auf eine Krisenforschung i.e.S. zurückgreifen kann. Zudem erfüllt der Krisenbegriff nicht einmal Minimalanforderungen an einen sozialwissenschaftlichen Grundbegriff: Weder ist er klar definiert, noch lässt sich eine Bestimmung des Phänomens vor dem Hintergrund eindeutiger Gegenbegrifflichkeiten vornehmen.

Unter Bedingungen einer fehlenden Krisensoziologie und fachwissenschaftlichen Bestimmung des Begriffs ist es ein sinnvoller Lern- und Explorationsmodus, naheliegende Forschungsbereiche zu konsultieren und eine Soziologie der Krise in Analogie zu verwandten Forschungsfeldern zu entwickeln. Dabei bieten sich zwei Forschungsfelder an, die über einen konzeptionell weiter entwickelten Grundbegriff verfügen: Zum einen die seit den 1950er Jahren etablierte Soziologie sozialer Probleme (Merton 1995); zum anderen die in den 1980er Jahren an Bedeutung gewinnende Risikosoziologie (Beck 1986). Erstens zeichnen sich beide Forschungsfelder durch eine grundlegende Auseinandersetzung zwischen „objektivistischen“ und „subjektivistischen“ Positionen aus, die jeweils dadurch gekennzeichnet ist, dass die Durchsetzung subjektivistischer Perspektiven mit nachlassender Aktualität und Vitalität der Forschungsfelder einhergegangen ist. Zweitens ist in beiden Feldern grundlegend zwischen Sichtweisen von Experten, Betroffenen und soziologischen Beobachtern unterschieden worden, um den gesellschaftspolitischen Gehalt der Auseinandersetzung um Problem- und Risikodefinitionen hervorzuheben. Man kann daher vermuten: Für die Entwicklung eines soziologischen

Krisenverständnisses ist man gut beraten, sich mit den beiden genannten Forschungsfeldern vertraut zu machen.

Im Rahmen des vorliegenden Beitrags wird jedoch nur am Rande auf problem- und risikosoziologische Positionen eingegangen, und keinesfalls sollen Krisen mit sozialen Problemen bzw. mit Risiken einfach gleichgesetzt werden. Stattdessen bezieht sich der Beitrag auf allgemeine Reflexionen zum Krisenverständnis der Soziologie und theoretisch wichtiger Forschungsfelder. Dabei werden illustrative Beispiele vorgestellt, und teils werden typische Repräsentationsformen benannt. Vorangestellt sei die allgemeine Beobachtung, dass Krisen im Regelfall entweder Situationen bezeichnen, die selbst als hochgradig problematisch bewertet werden (Problem), oder man versteht hierunter Vorboten und Auslöser für noch problematischere Veränderungen (Risiko). Bei gegenwartsbezogenen Krisendiagnosen fallen beide Bedeutungen oftmals zusammen. Die Annahme ist dann: Was bereits jetzt problematisch ist, wird in Zukunft noch wesentlich schlimmer. Im Extremfall drohen Zusammenbruch oder Beendigung eines sozialen Gefüges mit weitreichenden Folgen. Für so thematisierte Bedrohungslagen gilt dann das klassische Thomas-Theorem: Sie sind real in ihren Konsequenzen, ganz unabhängig von ihrem Wahrheits- und Wirklichkeitsgehalt.

Zum Aufbau des Beitrags: Im ersten Schritt werden mehr oder weniger klassische Figuren der Allgemeinen Soziologie berücksichtigt. Die referierten Positionen liefern Einblicke in Grundzüge des soziologischen Krisenverständnisses. Zugleich wird argumentiert, dass der dort vorherrschende Fokus auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge Gefahr läuft, entweder zu abstrakte oder dem Wesen nach strukturkonservative Perspektiven zu stärken, die einem zeitgemässen Krisenverständnis entgegenstehen. Um dies zu verdeutlichen, wird die Argumentation in einem zweiten Schritt anhand der Organisationsforschung und unter besonderer Berücksichtigung von Innovationsprozessen weiterentwickelt, weil dieser Forschungsbereich aufgrund empirischer und theoretischer Merkmale in besonderer Weise geeignet ist, zu einem verbesserten Verständnis von Krisen beizutragen.

Im Kern stützt die Argumentation des Beitrags die folgende Auffassung: Veränderte Vorstellungen über Dynamiken, Reformfordernisse und Innovationsnotwendigkeiten erfordern ein gegenüber klassischen Positionen der Soziologie grundlegend erneuertes Krisenverständnis. Dies basiert darauf, nicht fehlende Stabilität oder unzureichende Integration als problematisch auszuweisen, sondern unzureichende Dynamik. Krisen, und zwar auch solche, die tatsächlich zum Kollaps sozialer Gebilde führen, sind ein integraler Bestandteil dieser Dynamik. Zu ihnen gibt es unter realistischen Bedingungen keine Alternative.

1. Anknüpfungspunkte an die Allgemeine Soziologie

Die Ursprünge der Soziologie sind, insbesondere durch den Einfluss des französischen Soziologen Emile Durkheim (1977), untrennbar mit der „sozialen Frage“ verbunden. Die „soziale Frage“ ergab sich im Wesentlichen aus Umwälzungen, die mit Prozessen der industriellen Revolution verbunden waren. Sie verwies auf grundlegende Probleme und auf eine Suche nach Ursachen und möglichen Lösungen. Mitte des 20. Jahrhunderts hat Robert K. Merton (1995) an diese ursprüngliche Problemstellung angeknüpft, indem er die Diagnose problematischer Phänomene als Forschungsprogramm der Soziologie auswies. Einen zentralen Bezugspunkt bilden dabei sogenannte latente Probleme. Latente Probleme sind unbekannt und können daher keine angemessenen gesellschaftlichen Reaktionen provozieren.

Mit Bezug auf die Latenz einer Vielzahl sozialer Probleme – in Mertons Perspektive insbesondere verschiedene Formen der Anomie – konnte die Aufgabe einer gesellschaftlich bedeutsamen oder gar nützlichen Soziologie bestimmt werden: Sie dient der Aufklärung, indem sie die (übrige) Gesellschaft über erforschte Problemlagen informiert und so latente in manifeste Probleme übersetzt. Die Kommunikation soziologischer Forschung ermöglicht demnach gesellschaftliche Reaktionen, wengleich sich die Soziologie bereits zu Mertons Zeiten nicht mehr selbst als „Lösungswissenschaft“ begriff.

Die Weiterentwicklung des Fachs lässt sich als Rückzug aus diesem Forschungsprogramm beschreiben, wofür im Wesentlichen zwei Gründe benannt werden können: Erstens werden für Problembeschreibungen zunehmend Sichtweisen der unmittelbar Betroffenen sowie ihrer Fürsprecher herangezogen und massenmedial verstärkt, so dass die Soziologie nicht länger als legitime Instanz der Identifikation sozialer Probleme fungiert. Zweitens ist, insbesondere seit den 1970er Jahren, die Zuversicht geschwunden, auf der Grundlage soziologischen Wissens gestalterisch eingreifen zu können, da grundlegende Planungs- und Implementationsdefizite sowie problematische Folgeeffekte politischer Interventionsversuche deutlich zu Tage treten.

Zu den klassischen Ausgangspunkten eines theoretischen Krisenverständnisses zählen Funktionsbezüge und das Denken in Systemkategorien. In konzeptioneller Hinsicht bietet jedoch der Erwartungsbegriff die wichtigsten Perspektiven. Zunächst zu systembezogenen Betrachtungsweisen, die sich im Anschluss an Talcott Parsons (1977) in der Soziologie etabliert haben. Hier beziehen sich Krisen auf Bedrohungen des Fortbestands (bzw. des Überlebens oder der Reproduktion) sozialer Gebilde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Wahrscheinlichkeiten des Schadenseintritts und Verfügbarkeiten über angemessene Reaktions-Repertoires in Abhängigkeit vom gewählten Bezugspunkt („dem System“) variieren. So ist, unabhängig vom hierdurch ausgelösten Leid unmittelbar Betroffener, die Auflösung von Ehegemeinschaften oder die Insolvenz von Wirtschaftsunternehmen derartig veralltäglicht, dass sich institutionelle Arrangements etabliert haben, die mit Aufgaben der „Abwicklung“ betraut sind und die diese Aufgaben auf hochgradig routinisierte Weise erledigen. Die Auflösung staatlicher Ordnungsgebilde ist demgegenüber und zumindest in west- und mitteleuropäischen Gesellschaften ein so seltenes Ereignis, dass für deren Bewältigung weder Institutionen noch rezeptartiges Wissen zur Verfügung stehen. Den Extremfall bildet hier die gegenwärtige Gesellschaft insgesamt, die in vielen soziologischen Analysen bewusst als Einzelfall beschrieben wird, so wie es die Begrifflichkeit der Weltgesellschaft besonders deutlich zum Ausdruck bringt. Erscheinungsformen und Konsequenzen ihrer Auflösung oder grundlegenden Transformation sind hypothetisch und im

Regelfall kein Gegenstand der soziologischen Reflexion.¹ Festhalten lässt sich daher: Begreift man Krisen als Zusammenbruch eines sozialen Gefüges, so sind sie wahrscheinlicher, eher vorstellbar, intensiver erforscht und für die Gesellschaft leichter zu bewältigen, desto überschaubarer diese Gefüge sind und desto häufiger es bereits zur Auflösung solcher Gefüge gekommen ist.

Nun zum zweiten klassischen Krisenverständnis der Soziologie, der Bezugnahme auf Funktionen. Hier geht es nicht um den Fortbestand sozialer Gebilde, sondern um das drohende Risiko oder den bereits eingetretenen Schadensfall der Nichterfüllung als bedeutsam erachteter Funktionen. Ein Musterbeispiel hierfür sind wohlfahrtsstaatliche Arrangements, von denen seit den ausgehenden 1970er Jahren angenommen wurde, dass sie Funktionen der Re-Integration und Prävention, der Aufrechterhaltung von Teilhabechancen oder des sozialen Ausgleichs gesellschaftlich bedingter Ungleichheit nicht länger erfüllen (Hasse 2003a). Ein anderes Beispiel sind Funktionserwartungen in Richtung der Herstellung von Öffentlichkeit, die an massenmediale Instanzen adressiert werden und deren Nichterfüllung seit mindestens einem halben Jahrhundert Gegenstand medienkritischer Positionen ist. Funktionskrisen dieser Art sind oftmals ein Impuls für Änderungen, für die kritische Hinterfragung bisheriger Entwicklungen oder gar für die Reduzierung von Ressourcen – sie bedrohen aber nicht den Fortbestand der adressierten Systeme (hier: des Wohlfahrtsstaates bzw. der Massenmedien). In einigen Bereichen hat man sogar den Eindruck, dass sich die Thematisierung derartiger Funktionskrisen als Dauerzustand etabliert hat, so wie dies im Gesundheitswesen ungeachtet dessen der Fall zu sein scheint, dass dieser Bereich durch enorme Wachstumsprozesse gekennzeichnet ist. Ähnliches lässt sich für den modernen Strafvollzug formulieren, dessen Kritik unzureichender Resozialisierungs- und Präventionseffekte Michel Foucault (1977) zufolge praktisch von Beginn an integraler

¹ Eine bemerkenswerte Ausnahme bilden die Arbeiten Luhmanns. Sie sind nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass Einsichten in die Endlichkeit lebender Systeme in provozierender Manier auf die Gesellschaft insgesamt bezogen werden, sondern auch dadurch, dass ein als möglich erachtetes Scheitern der modernen funktional differenzierten Gesellschaft auf unpassende Resonanzen gegenüber neuen Herausforderungen zurückgeführt wird (Luhmann 1986).

Bestandteil des Diskurses gewesen ist. Ein weiteres Beispiel für attestierte Funktionsdefizite, die Kritik begründen, ohne dass diese Kritik bestandsgefährdende Konsequenzen nach sich ziehen würde, entstammt dem Bildungssystem und dessen Effekte auf die dauerhafte (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten (Shavit & Blossfeld 1993). Auch hier sind seit Jahrzehnten dem Wesen nach gleiche Befunde und gleiche Kritikformen vorherrschend, ohne dass hierdurch die Grundfesten der kritisierten Institutionen erschüttert würden. Daher lässt sich bilanzieren: Funktionskrisen der geschilderten Art können ein überraschend hohes Mass an Stabilität aufweisen.

Die wichtigsten theoretischen Anknüpfungspunkte für ein soziologisches Krisenverständnis eröffnet der Erwartungsbegriff. Erwartungen haben in soziologischer Leseart eine normative und eine kognitive Dimension. Im ersten Fall wird erwartet, was sein soll (z.B. nach Massgabe rechtlicher, religiöser oder wissenschaftlicher Normen); im anderen Fall haben Erwartungen eher den Charakter von Hypothesen über den Zustand der Welt, die vergleichsweise leicht angepasst werden können. Normativ liegt Krisendiagnosen eine Mangelbeurteilung zu Grunde - oftmals in Form einer Unterschreitung wie auch immer begründeter Minimalstandards. Wichtig ist, dass normative Erwartungen über das blosse Überleben und Reproduzieren sozialer Gebilde hinausweisen - so wie beispielsweise im Falle sogenannter „failed states“, die ja nicht unbedingt dadurch gekennzeichnet sind, dass ihre baldige Auflösung und daran anschliessende Neugründungen bevorstehen. Ebenso wichtig ist, dass normative Erwartungen ein hohes Mass an Enttäuschungsresistenz aufweisen. Das empirische Phänomen der „failed states“ irritiert also nicht etablierte Staatsverständnisse und normative Erwartungen an moderne Staatengebilde. Eine entscheidende Frage ist allerdings, wer hier als Beurteilungsinstanz in Erscheinung tritt, wobei grundsätzlich zwischen zwei Parteien zu unterscheiden ist: Erstens die der unmittelbar Beteiligten (Betroffene, Leistungsabnehmer, Stakeholder, Peers), zweitens die der vergleichsweise unbeteiligten professionellen Experten und Wissenschaftler. Oftmals koexistieren unterschiedliche Beurteilungen - nicht nur zwischen den genannten Parteien („Laien vs. Experten“), sondern auch zwischen den unmittelbar Beteiligten (z.B. Kunden vs. Arbeitnehmer) sowie

zwischen Experten (z.B. wissenschaftlicher Dissens). Beurteilungsdivergenzen dieser Art sind zuweilen überaus robust, und Tendenzen, die auf die Schliessung hierauf bezogener Auseinandersetzungen hinauslaufen, indem sich bestimmte Lesearten durchsetzen, haben den Charakter seltener Ereignisse.

Bezieht man sich auf kognitive Erwartungszusammenhänge, sind Krisen durch die Annahme sich selbst verstärkender Fehlentwicklungen und zunehmender Ungleichgewichte (insbesondere zwischen Aufwand und Ertrag) gekennzeichnet. In beiden Fällen werden selbstzerstörerische Eigendynamiken hervorgehoben, was Kurskorrekturen bzw. eine Wiederherstellung von Gleichgewichtszuständen nahelegt. Die Annahme hoher Anfälligkeiten und unzureichender Selbstheilungskräfte begründet dann Interventionsbedarf. Eine Bezugnahme auf krisenhafte Funktionen und Effekte provoziert in diesem Zusammenhang Fragen nach Kopplungsdynamiken. Die Annahme fester Downstream-Kopplung ist im Regelfall „taken for granted“, so dass sie in vielen Fällen nicht ausführlich erläutert werden muss. Selbstverständlich wird dann angenommen, dass Krisen im Grossen praktisch sämtliche Teile betreffen, so wie regionale Wirtschaftskrisen automatisch als Unternehmenskrisen der entsprechenden Region ausgewiesen werden. Fragen der Upstream-Kopplung sind demgegenüber eher Gegenstand gesellschaftlicher Debatten und der Auseinandersetzung zwischen Experten. So wird beispielsweise kontrovers diskutiert, inwiefern die Krise einzelner Banken das Bankensystem insgesamt betrifft, welche Auswirkungen dies auf die Wirtschaft hat und ob hiervon sogar das gesellschaftliche Arrangement des modernen Kapitalismus insgesamt betroffen ist. Die Frage möglicher Hilfestellungen und Interventionen (sowie die Anschlussfrage, wer für entstehende Kosten aufkommt) wird dann je nach Ausgang derartiger Diskussionen beantwortet.

Die hier referierten soziologischen Positionen ergeben klare Hinweise auf typische Repräsentationsformen von Krisen. Diese laufen darauf hinaus, die Bedrohung des Fortbestandes und fehlende Selbstheilungskräfte sowie damit verbundene Funktionsdefizite und Folgeeffekte in Form sogenannter Kopplungsdynamiken zu betonen. Zugleich ist das hier skizzierte Krisenverständnis durch normative

und funktionalistische Prämissen gekennzeichnet, die als theoretische Positionen umstritten sind. Deshalb möchte ich in einem zweiten Schritt der Argumentation Perspektiven behandeln, die sich aus der Einbeziehung theoretischer Einsichten und empirischer Ergebnisse der Organisationswissenschaft ergeben.

2. Organisationswissenschaftliche Perspektiven

Die Einbeziehung von Ergebnissen der Organisationsforschung ist doppelt begründet: Zum einen öffnet der empirische Fokus auf Organisationen nicht nur den Blick für eine Vielzahl vergangener und andauernder Krisen, sondern auch für Krisen, deren Nicht-Bewältigung zum Zusammenbruch und zur Mortalität von Organisationen geführt hat. (Der Zusammenbruch von Staaten ist demgegenüber ein vergleichsweise seltenes Ereignis, und einen Zusammenbruch der modernen Gesellschaft hat es bislang nicht gegeben.) Zum anderen verfügt die Organisationsforschung über ein Theorieangebot, das sich auf der Grundlage eines breiten Spektrums der Sozialwissenschaften entwickelt hat und bei dem sich soziologische, ökonomische, sozialpsychologische und politikwissenschaftliche Beiträge wechselseitig beeinflusst haben. In der jüngeren Vergangenheit haben sich dabei insbesondere institutionentheoretische und evolutionäre Theorien als einflussreich erwiesen. Das Ergebnis ist, dass Organisationstheorien nicht zuletzt für Erklärungen sozialen Wandels eine überaus hohe Wertschätzung genießen.²

Aus organisationswissenschaftlicher Sicht sind zunächst enge Bezüge zwischen Krisen und Entscheidungen hervorzuheben. Krisen verweisen demnach auf Entscheidungsnotwendigkeiten, was zugleich bedeutet, dass Krisendeutungen Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen, die ansonsten nicht gegeben wären. Die organisationswissenschaftliche Entscheidungsforschung hat dabei teils erschreckend geringe Rationalitätsniveaus rekonstruiert. Folgt man den einflussreichen Beiträgen des Stanforder Organisationsforschers James G. March

² Als Indikator siehe nur den Sammelband von Müller & Schmid (1995) zum Thema „Sozialer Wandel“. Von den dort repräsentierten 8 Ansätzen entstammen allein 3 der Organisationsforschung, obwohl es in dem Band um sozialtheoretische Perspektiven und nicht speziell um Organisationen geht.

(1990, 1994) ist dies teilweise in partikularen Interessenlagen und mikropolitischen Instrumentalisierungen begründet, teils in kognitiven Grenzen der Informationsverarbeitungsfähigkeit. Im Ergebnis sind nicht nur problemnahe Lösungen und rasche Abbrüche der Lösungssuche zu beobachten, sondern auch eine sequenzielle Bearbeitung erforderlicher Entscheidungen. Entscheidungslagen resultieren demnach aus der Fokussierung insgesamt begrenzter Aufmerksamkeit, und Krisendeutungen oder -bewusstheiten erscheinen in diesem Zusammenhang als Regulatoren für Aufmerksamkeit.

Weitere Voraussetzungen für Entscheidungsfähigkeit beziehen sich auf die Zuschreibung und Verinnerlichung von Verantwortlichkeit. Normativ werden allgemein Management-Bereitschaft und speziell ein rationaler Umgang mit Entscheidungssituationen erwartet, wobei letzteres auch Offenheit gegenüber (externen) Beratungsangeboten mit einschliesst. Beratungen können hier der Legitimierung getroffener Entscheidungen dienen. Ein Beispiel für den hier skizzierten Zusammenhang zwischen Krisendeutung/-bewusstheit, der Zuschreibung und Verinnerlichung von Verantwortlichkeit sowie der normativen Erwartung rationalen Managements, zu dem auch die Einbeziehung externer Berater zählt, ist die Entlassung von Arbeitnehmern – und tatsächlich ist genau dies ein Schwerpunkt des blühenden Geschäfts auf Unternehmen bezogener Krisenberatung.

Krisen können zu besonderen Formen der Unterstützung durch Leistungsabnehmer und Stakeholders und zu Höchstwerten an Akzeptanz von Verlusten und Benachteiligungen führen. Darüber hinaus rechtfertigen sie riskante Entscheidungen und eröffnen in diesem Zusammenhang ansonsten nicht gegebene Möglichkeiten der Regelverletzung. Zusammen betrachtet können Krisen somit als Legitimationsgrundlage und als Ressource für an sich problematische Entscheidungen genutzt werden. Die hieraus ableitbare Repräsentationsform lautet: Betone den Krisencharakter bei harten und tragischen Entscheidungen, senke das Anspruchsniveau der Beteiligten und Betroffenen, und erhöhe so den Möglichkeitsraum akzeptierbarer Resultate.

Im Vergleich zu klassischen Positionen der Allgemeinen Soziologie fällt es organisationswissenschaftlichen Beiträgen leichter, Krisen als Gelegenheiten für sinnvolle Neuerungen zu begreifen. Das gilt insbesondere für Fragen der Innovationsfähigkeit. Krisen erscheinen hier als Anomalien, die Räume für schöpferische Zerstörungen eröffnen. Sie erlauben den Ausbruch aus Pfadabhängigkeiten und ermöglichen sogenannten Kompetenzfallen auszuweichen. Krisen und Krisenbewältigung sind demnach Quellen des Lernens - aus Fehlern oder durch Nachahmung erfolgreicher Vorbilder und Trendsetter. Wenngleich positive Effekte von Krisen vornehmlich in der ex post-Betrachtung hervorgehoben werden, werden zuweilen sogar Zusammenbrüche sozialer Gebilde (hier: die Mortalität einzelner Unternehmen) als Chance begriffen. Sie gelten - in Anlehnung an Schumpeters Verständnis von Innovationen als Prozesse schöpferischer Zerstörung (Schumpeter 1988) - oftmals als Voraussetzung für die Entstehung von Neuerungen, so wie Mortalitätsraten und Gründungsraten von Unternehmen in einen engen Zusammenhang gebracht werden. Bezug nehmend auf die o.g. Ausführungen zu Kopplungsdynamiken lässt sich daher festhalten, dass das Verhältnis zwischen Teilen und Ganzem aus Sicht der Organisationsforschung nicht lediglich eine Frage fester oder loser Kopplung ist. Vielmehr kann der Zusammenhang zwischen Krisen und daraus resultierenden Effekten auch Züge eines mehr oder weniger stark ausgeprägten „reverse coupling“ aufweisen. „Reverse coupling“ verweist dabei auf eine Grundfigur, die so in den Konzepten der Allgemeinen Soziologie nicht auftaucht. Aus ihr leitet sich eine Repräsentationsform ab, die auf eine Hervorhebung von mit Krisen einhergehenden Vorteilen und Chancen hinausläuft.

Mit Krisen verbundene Chancen werden insbesondere im Kontext von Fragen der Innovationsfähigkeit erörtert. Diese Fragen haben unter Bedingungen der Informationsgesellschaft - die Manuel Castells (1996) zufolge im Kern auf eine einfachere, schnellere und kostengünstigere Weiterleitung von Informationen und Materie hinausläuft - massiv an Bedeutung gewonnen. Für Informationsgesellschaften sind demnach generell die Verdichtung von Konkurrenz und das damit verbundene Suchen nach Nischen und Entdeckungen anzunehmen. Zugleich sind Nachahmungen nahegelegt (und

vergleichsweise einfach möglich), so dass erfolgreiche Innovationen rasch diffundieren können. Unter diesen Bedingungen geniessen Innovationen eine hohe Wertschätzung – und die Suche nach Möglichkeiten der Verbesserung der Innovationsfähigkeit hat sich deshalb zu einer Schlüsselfrage entwickelt (Hasse 2003b).

Wenngleich sich in diesem Zusammenhang innovationsfreundliche institutionelle Arrangements wie die des Silicon Valley zu Weltmodellen entwickelt haben, die praktisch überall Reformen anleiten und eine Suche nach Nachahmung motivieren, sind empirisch nach wie vor enorme Varianzen kennzeichnend. Sie beziehen sich nicht nur auf Unterschiede zwischen Ländern oder nach Kapitalismustyp. Vielmehr sind z.B. auch in den USA grosse regionale Unterschiede festzustellen. Vor diesem Hintergrund haben sich einige empirische Untersuchungen mit der Frage auseinandergesetzt, weshalb die Entwicklungspotenziale sozialer Räume stark variieren. Zu einem Schwerpunkt dieser Forschung zählen Untersuchungen zur Entwicklung biotechnologischer Standorte. Für ein verbessertes Verständnis von Krisen bieten diese Studien gute Anknüpfungspunkte, da relativ geringe Innovationsdynamiken als krisenhaft erlebt und bewertet werden. Die Frage ist: Was erklärt den Erfolg der einen, was begründet die relative Krisenhaftigkeit der anderen?

Die in den 1980er Jahren ansetzende empirische Untersuchung des amerikanischen Soziologen Walter W. Powell kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass die Durchsetzung neuer dominanter Akteure dauerhafte Innovationserfolge begründet hat (Powell et al. 2009). Powell und Mitarbeiter zeigen auf, dass zunächst noch ca. 25 Standorte in den USA um die Vorherrschaft in der Biotechnologie konkurrierten, während seit Ende der 1990er Jahre nur noch weniger als 5 Regionen eine entsprechende Spitzenposition einnehmen. Powell und Mitarbeiter belegen, dass anfangs alle Regionen als renommierte Standorte biotechnologischer Wissenschaft und Forschung etabliert waren. Ebenso zeigen sie auf, dass wirtschaftliche Bedingungen, insbesondere die Verfügbarkeit von Risikokapital, als Erklärungen des Schliessungsprozesses ausgeschlossen werden können. Folgt man den Ergebnissen, waren hingegen zwei Faktoren zentral: Erstens und bis Mitte der 1990er Jahre die Vormachtstellung weniger dominanter

Akteure aus der Forschung (sogenannte star scientists und definitionsmächtige Ausgründer von start up-Unternehmen); zweitens zeitlich anschliessende Verschiebungen des Machtgefüges hin zu zentralen Biotechnologie-Firmen und zu grossen multinationalen Pharmakonzernen. Die Durchsetzung weniger erfolgreicher Biotechnologie-Regionen, so das Ergebnis der Studie, erklärt sich aus der Übereinstimmung mit diesem Entwicklungsmuster. Während die „policy implications“ dieses Ergebnisses enorm sind, weil sich zahlreiche technologie- und wissenschaftspolitische Reformen noch immer am Modell der 1980er Jahre abarbeiten, ist für das hier verfolgte Thema hervorzuheben, dass sich die Stabilität institutioneller Arrangements ex post als problematisch herausgestellt hat während die Ablösung ehemals definitionsmächtiger Akteure als Erfolgsbedingung ausgewiesen werden kann.

Eine zweite, ähnlich angelegte Untersuchung zur Biotechnologie stammt von Steve Casper (2007). Casper fragt im Anschluss an die von ihm mitinitiierte Debatte um Varianten des Kapitalismus nach Erklärungen für regionale Innovationsunterschiede. Er bezieht sich auf zwei Regionen Kaliforniens - Los Angeles und San Diego - und fragt, weshalb sich San Diego als führende Biotechnologie-Region etablieren konnte während Los Angeles eine entgegengesetzte Entwicklung durchlaufen hat. Casper richtet die Aufmerksamkeit auf unterschiedliche Unternehmensentwicklungen: Während Los Angeles durch das starke Wachstum eines einzelnen Biotechnologieunternehmens („AMGEN“) gekennzeichnet gewesen ist, ist im Erfolgsfall San Diego der Marktaustritt des ehemals führenden Biotechnologieunternehmens („HYBRITECH“) zu verzeichnen. Seitdem belegen statistische Daten für San Diego eine Kombination hoher Gründungsraten mit hohen Mortalitätsraten im Bereich der Biotechnologie. Die Argumentation Caspers verweist im Anschluss hieran auf verdeckte positive Effekte von Unternehmenskrisen und -auflösungen. Zu ihnen zählt die Verfügbarkeit hoch qualifizierten Personals. Diese Verfügbarkeit stellt Casper zufolge sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer ein Moment der Sicherung dar, da sie neue Unternehmen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten nach sich zieht (wodurch wiederum qualifizierte Fachkräfte angelockt werden). Die hierbei charakteristische hohe Personalfluktuation begrenzt zudem die

Loyalität gegenüber einzelnen Arbeitgebern, während sie die Loyalität gegenüber dem stärkt, was bei Casper als „technological community“ ausgewiesen wird. Die Beteiligten sind demnach auf ständiger Suche nach neuen Projekten und Beschäftigungsperspektiven, was den Informationsaustausch beschleunigt und Innovationsmöglichkeiten verbessert. Insgesamt werden (im Fall San Diegos) hohe Mortalitätsraten auf Seiten einzelner Unternehmen als regionale Erfolgsbedingung ausgewiesen, während (im Fall von Los Angeles) Erfolg und Wachstum einzelner Unternehmen als Auslöser für eine relativ krisenhafte Entwicklung der Region dargestellt werden. Die Fallstudie ist somit eine gute Illustration für das o.g. „reverse coupling“ zwischen Teil und Ganzem.

Bilanz und Perspektive

Krisen beziehen sich einerseits auf Risiken des Fortbestands bzw. der Reproduktion sozialer Gebilde wie Familien, Organisationen, Staaten; andererseits verweisen sie auf den drohenden oder bereits eingetretenen Ausfall der Funktionserbringung bzw. der Erfüllung normativer Erwartungen. Vor dem Hintergrund dieser Bedeutung treten Unterschiede zwischen allgemeinen soziologischen Konzepten und den vorgestellten Sichtweisen der Organisationsforschung deutlich zu Tage. Sie beziehen sich (1) darauf, dass Mangelbeurteilungen entweder auf unzureichende Stabilität oder auf fehlende Dynamik bezogen werden; und sie zeigen sich (2) beim angenommenen Verhältnis zwischen Teil und Ganzem, bei dem entweder unterschiedliche Grade positiver Kopplung herausgestellt oder Möglichkeiten eines „reverse coupling“ mitberücksichtigt werden. Dementsprechend unterscheidet sich die Beantwortung der Frage, ob eher Nachteile und Kosten oder eher Chancen aufgezeigt werden. Zudem gibt es einen gewichtigen konzeptionellen Unterschied: Während theoretische Anknüpfungspunkte der Allgemeinen Soziologie am ehesten über den Erwartungsbegriff und dessen einerseits normativer und andererseits kognitiver Bedeutung hergestellt werden, eröffnet die Organisationstheorie Möglichkeiten der Bezugnahme auf den Zusammenhang von Krise und Entscheidung (und ist damit viel näher an den Grundfiguren der antiken Philosophie zur Krisis als die Allgemeine Soziologie).

Die Zusammenschau beider Perspektiven führt zu einer starken Relativierung der soziologischen Bestimmbarkeit des Krisenbegriffs, sofern mit ihm mehr bezeichnet werden soll als ein entsprechender gesellschaftlicher Diskurs. Schwindet der Glaube an den Ausweis einfacher Funktionszusammenhänge und werden etablierte Vorstellungen zur Erwünschtheit sozialer Ordnung und Stabilität erschüttert, dann sind die Möglichkeiten der Identifikation und Bewertung von Krisen erschwert. Vor diesem Hintergrund seien abschliessend zwei Vorschläge zur konzeptionellen Weiterentwicklung zur Diskussion gestellt.

Der erste Vorschlag bezieht sich auf die stärkere Einbeziehung von Fragen der Reaktionsmöglichkeit. Krisenhafte Entwicklungen oder Ereignisse sind demnach dadurch bestimmbar, dass keine routinisierten und regelgeleiteten Reaktionen zur Verfügung stehen bzw. zum Einsatz kommen – ganz unabhängig davon, wie problematisch der als Krise ausgewiesene Sachverhalt von den unmittelbar Beteiligten eingeschätzt wird, und ungeachtet der Frage, wie gravierend die damit verbundenen Effekte einzuschätzen sind. Zur Veranschaulichung: Wirtschaftliche Krisen verweisen diesem Vorschlag zufolge auf Situationen, in denen Problemlagen nicht durch Anreize und Marktstrukturen gelöst werden können (weil z.B. keine Eigentumsrechte vergeben werden können); politische Krisen ergeben sich aus Grenzen der Regulierung (weil z.B. keine Implementationsmöglichkeiten bestehen); und wissenschaftliche Krisen treten als fehlende Forschungsprogramme in Erscheinung (weil z.B. methodische Zugangsmöglichkeiten oder empirische Daten fehlen). Gesellschaftskrisen wären diesem Vorschlag zufolge dadurch gekennzeichnet, dass generell Vorstellungen darüber fehlen, mit Hilfe welcher Routinen und Regeln angemessen auf identifizierte Problemlagen und Risiken reagiert werden kann.

Der zweite Vorschlag bezieht sich auf eine Stärkung evolutionärer und ökologischer Theoriepositionen. Dieser Vorschlag läuft einerseits darauf hinaus, sich intensiver mit Erscheinungsformen von Krisen auseinanderzusetzen und dabei Verlaufsmuster in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, so wie dies beispielsweise in der Ungleichheitsforschung, bei der Analyse politischer Prozesse oder

auch in der Organisationstheorie geschehen ist (Aldrich 1999). Das Forschungsinteresse wäre dann auf Phasen (oder Stadien) und auf Übergänge zwischen ihnen gerichtet. Ausdrücklich hervorgehoben sei, dass eine derartige Forschungsperspektive keinesfalls eine Festlegung auf rigide quasi-naturgeschichtliche Modellvorstellungen impliziert – Krisenverläufe können in dieser Perspektive durchaus durch Phasenübersprünge, durch extreme Entwicklungsverzögerungen bis hin zur Stasis oder durch Rückentwicklungen gekennzeichnet sein. Es handelt sich aber um eine Forschungsperspektive, die die Erarbeitung eines analytischen Rasters nahelegt, mit dessen Hilfe Einzelfälle beschrieben und miteinander verglichen werden können.

Andererseits läuft dieser Vorschlag darauf hinaus, forschungsstrategisch die Beschränkung auf einzelne Krisen aufzugeben, um wechselseitige Einflüsse fokussieren zu können (Abbott 1988). Erscheinungsformen und Verlaufsmuster einzelner Krisen werden demnach vornehmlich durch andere Krisen geprägt. Ist die weithin geteilte Annahme zutreffend, dass die gesellschaftliche Entwicklung durch eine explosionsartige Zunahme an Krisen gekennzeichnet ist, dann ist in dieser Perspektive zu erwarten, dass dieser Sachverhalt einen gravierenden Einfluss auf Erscheinungsformen, Effekte und Umgangsweisen mit einzelnen Krisen hat. Generell kann in diesem Zusammenhang angenommen werden, dass einzelne Krisen hierdurch Bedeutungsverluste erfahren, so wie dies die Metaphorik der Kriseninflation suggeriert. Vermutlich ist es jedoch ebenso zur Herausbildung erhöhter Sensibilitäten gekommen, so dass eine hohe Krisendichte als sich selbst verstärkender Prozess in Erscheinung tritt. Möglicherweise sind dabei auch Schwellenwerte und Sättigungseffekte zu berücksichtigen, die im Kontext einer auf Einzelfälle bezogenen Krisenforschung nicht hinreichend thematisiert werden können.

Unabhängig von den möglichen Resultaten hierauf bezogener Forschung zeigen Fragen dieser Art, dass die Soziologie erst am Anfang der systematischen Beschäftigung mit Krisen steht. Zugleich scheint es, als könnten diese Fragen mit dem Instrumentarium normaler theoretischer und empirischer Forschung bearbeitet werden – d.h. es stehen Forschungsregeln und -routinen zur Verfügung, die bislang

nicht genutzte Anschlüsse eröffnen. Das Forschungsdesiderat einer Krisensoziologie verweist demnach nicht auf die ansonsten naheliegende Schlussfolgerung einer Krise der Soziologie.

Literatur

- Abbott, A., 1988, *The System of Professions*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Aldrich, H.E., 1999, *Organizations Evolving*. London: Sage.
- Beck, U., 1986, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.
- Berger, P.L. & Luckmann, T., 1980, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt/ Main: Fischer.
- Casper, S., 2007, *How Do Technology Clusters Emerge and Become Sustainable? Social Network Formation and Inter-firm Mobility within San Diego Biotechnology*. In: *Research Policy* 36: 438-455.
- Castells, M., 1996, *The Rise of the Network Society*. In: *The Information Age: Economy, Society and Culture, Vol. I*. Malden, CA: Blackwell.
- Durkheim, E., 1977, *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.
- Foucault, M., 1977, *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Hasse, R., 2003a, *Wohlfahrtspolitik und Globalisierung. Zur Diffusion der World Polity durch Organisationswandel und Wettbewerbsorientierung*. Opladen: Leske+Budrich.
- Hasse, R., 2003b, *Die Innovationsfähigkeit der Organisationsgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N., 1986, *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- March, J.G., 1990, *Eine Chronik der Überlegungen über Entscheidungsprozesse in Organisationen*. In: March, J.G.: *Entscheidung und Organisation*. Wiesbaden: Gabler, 1-23.
- March, J.G., 1994, *A Primer on Decision Making. How Decisions Happen*. New York: Free Press.
- Merton, R.K., 1995, *Soziologische Theorie und soziale Struktur*. Berlin: deGruyter.
- Müller, H.-P. & Schmid, M. (Hg.), 1995, *Sozialer Wandel - Modellbildung und theoretische Ansätze*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.
- Parsons, T., 1977, *Social Systems and the Evolution of Action Theory*. New York: Free Press.
- Powell, W.W., Bunker Whittington, K. & Owen-Smith, J., 2009, *Networks, Proximity and Innovation in Knowledge-Intensive Industries*. In: *Administrative Science Quarterly* 54: 90-122.
- Schumpeter, J., 1988, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen.
- Shavit, Y. & Blossfeld, H.-P. (Hg.), 1993, *Persistent Inequality. Changing Educational Attainment in Thirteen Countries*. Boulder: Westview Press.